OCT 26 1936

Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 6. Oktober	Nr. 1309

Die Reichsgruppe Hochschullehrer an Minister Dr. Frank.

Berlin, 6. Oktober. Die Mitglieder der Reichsgruppe Hochschullehrer haben an Reichsminister Dr. Frank folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Mitglieder der Reichsgruppe Hochschullehrer, die anläßlich der Tagung über „Das Judentum in der Rechtswissenschaft" in Berlin versammelt sind, stehen unter dem gewaltigen Eindruck der Ansprachen, Referate und Diskussionen. Sie sind sich dessen bewußt, daß die deutsche Rechtswissenschaft in dem einigen Volksgeschlechtlichen Kampf gegen das Judentum durch diese Tagung entscheidende Erkenntnisse und Kampfmittel gewonnen hat. Die Reichsgruppe dankt Ihnen, Herr Reichsminister, für die richtungweisenden Worte, die die Grundlage für die Arbeit der Tagung gebildet haben. Sie gelobt, sich unter der Leitung ihres verehrten Reichsgruppenwalters Staatsrat Professor Dr. Karl Schmitt für die von Ihnen gewiesenen Aufgaben, insbesondere für die Erfüllung der von Ihnen aufgestellten hier Forderungen, rückhaltlos einzusetzen.

„Die Teilnehmer der Tagung geben Ihnen und einander das Versprechen ab,

1. bei ihren wissenschaftlichen Arbeiten jüdische Schriftsteller, nur soweit dies zur Vermeidung eines Plagiats notwendig ist und nur mit der ausdrücklichen Einwähnung, daß es sich um Juden handelt, zu zitieren und dasselbe auch von ihren Studenten zu verlangen,

2. an einer lückenlosen und verläßlichen Bibliographie sämtlicher jüdischer Schriftsteller auf dem Gebiete des Rechts und der Wirtschaftswissenschaft mitzuarbeiten,

3. in den Büchereien und Seminaren der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten die Trennung der Schriften deutscher und jüdischer Autoren durchzuführen,

4. die auf dieser Tagung begonnene Zusammenarbeit der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler zur Erforschung der Geschichte des Judentums und seiner Kriminalität sowie des Eindringens des Judentums in das deutsche Volksleben fortzusetzen."

Dr. Goebbels empfängt Redner der Partei.

Berlin, 6. Oktober. Reichsminister Dr. Goebbels empfing am Dienstag mittag die Stoßtruppredner und die in Berlin anwesenden Reichsredner der Partei und bestätigte dabei 24 neue Stoßtruppredner. In einer längeren Ansprache skizzierte der Reichspropagandaleiter die politische Lage zu Beginn des neuen Winterfeldzuges, dessen Ziel die weitere Vertiefung der innigen Verbindung des deutschen Volkes mit seinem Führer sei. In eindringlichen Worten wies er auf die ungeheure Wichtigkeit der Aufgabe gerade des Redners der Partei hin und ermahnte zum unbedingten Festhalten an den alten Tugenden aus der Kampfzeit.

Im Anschluß an die mit brausender Begeisterung aufgenommene Ansprache begrüßte Dr. Goebbels die neuernannten Stoßtruppredner mit Handschlag.

Folgende Parteigenossen wurden damit als Stoßtruppredner bestätigt:

Heinrich Büsing, Oldenburg,
Peter Carstens, Hamburg,
Alfred Dill, Weimar,
Helmut Flörke, Swinemünde,
Franz Ganninger, M. d. R., Regensburg,
Wolfgang Göbrum, Stuttgart,
Walter Hauptmann, Schomberg/Oberschles.
Femar, Landesbut, Schlesien,
Karl Kasper, Berlin,
Friedrich Kittler, Glatz,
Alfred Klostermann, M. d. R., Groß Gerau/Hessen,
Fritz Körner, Leipzig,
Emil Hofmann, Stuttgart,
Jens Müller, Oldenburg,
Willi Odenbach, Berlin,
Karl Protze, Berlin,
Paul Schick, Hannover,
Gerhard Tenschert, Beuthen,
Gustav Venter, Berlin,
Werner Wentzki, Stettin,
Josef Weimer, Pfaffendorf bei Koblenz,
Theodor Weise, Bleicherode/Harz,
Karl Ziegler, Dresden.

Außerordentlicher Ministerrat in Budapest.

Budapest, 6. Oktober. Ueber den Verlauf des außerordentlichen Ministerrats, der unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Daranyi am Dienstag vormittag stattfand, wird folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

Die Mitglieder der Regierung traten heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ministerpräsidenten zu einem Ministerrat zusammen, an dem mit Ausnahme des in München weilenden Kultusministers Homan sämtliche Mitglieder der Regierung teilnahmen. Der stellvertretende Ministerpräsident Daranyi berichtete in bewegten Worten über das tragische Hinscheiden des Ministerpräsidenten Gömbös. Der stellvertretende Ministerpräsident Daranyi erklärte, es sei dies das erste Mal in der ungarischen Geschichte, daß ein aktiver Regierungschef vom Tode ereilt worden sei.

Gömbös war sein ganzes Leben hindurch ein Beispiel der Pflichterfüllung und stand bis in die letzten Stunden seines Lebens auf dem Wachtposten seiner Aufgaben. Das frühe Ableben dieses ausgezeichneten Staatsmannes, des großen Sohnes Ungarns, ist für die gesamte Nation ein schwerer Verlust. Daranyi schlug vor, daß der Ministerrat seine tiefe Trauer und das Andenken seines verstorbenen Präsidenten in einem Protokoll festlege und die Regierung ihre Teilnahme der trauernden Familie des Ministerpräsidenten übermittle und den verstorbenen Ministerpräsidenten als den großen Toten der Nation betrachte.

Der Ministerrat beschloß in diesem Sinne und beauftragte den Staatssekretär von Barcza mit der Organisation des Begräbnisses des Ministerpräsidenten. Ferner wurden die Präsidenten der beiden Häuser des Parlaments auf Ersuchen der Regierung, daß am Sterbetage und am Begräbnistage des Ministerpräsidenten sowohl das Ungarische Nationaltheater wie das Königliche Opernhaus keinerlei Vorstellungen veranstalten.

Hierauf beschloß die Regierung ihren Rücktritt, den der stellvertretende Ministerpräsident noch im Laufe des heutigen Tages dem Reichsverweser unterbreitete.

Kultusminister Homan zum Tode von Gömbös.

München, 6. Oktober. Der in Vertretung der Königlich Ungarischen Regierung in Begleitung des Präsidenten des Reichstages, Alexander von Szirmay-Ordody, nach München gekommene Minister für Kultus und Unterricht, Homan, empfing den Vertreter des DNB. und gab ihm folgende Erklärung ab:

„Am Montag mittag hatten wir die Nachricht erhalten, daß im Befinden des Herrn Ministerpräsidenten Julius von Gömbös eine plötzliche Krise eingetreten sei. Nach dem Erhalt dieser Nachricht haben wir sofort die Reise nach München angetreten, um noch in den letzten Lebensstunden an der Seite des Ministerpräsidenten weilen zu können. Zu unserem unendlichen Schmerz fanden wir ihn nicht mehr am Leben. In der Stunde der großen Trauer der ungarischen Nation habe ich nach Erstattung der Todesmeldung an Se. Durchlaucht den Herrn Reichsverweser von Ungarn und an die ungarische Regierung es für meine erste Pflicht erachtet, den Führer und Reichskanzler der großen deutschen Nation, die aufrichtige Gefühle der Freundschaft mit Ungarn verbindet, von dem auf deutschem Boden erfolgten Hinscheiden des großen ungarischen Staatsmannes zu benachrichtigen. Ich habe nicht verfehlt, auch Herrn Ministerpräsident Hermann Göring, zu dem der Verstorbene sich in herzlicher Freundschaft hingezogen fühlte, telegraphisch von unserem großen Verlust in Kenntnis zu setzen.

„Unter dem niederschmetternden Eindruck, den das allzufrühe Hinscheiden meines Führers und guten Freundes auf mich gemacht hat, ist mir an seinem Totenbett eine weitere Handbedung unmöglich.

„Gebe Gott, daß meine Nation auch diesen harten Schlag mit Würde und Festigkeit erträgt!"

Budapest im Zeichen der Trauer.

Budapest, 6. Oktober. Die Nachricht vom Ableben des ungarischen Ministerpräsidenten ist von den Blättern in Extraausgaben veröffentlicht worden. Der ungarische Rundfunk brach sofort nach Bekanntgabe der Todesnachricht das Tagesprogramm ab. Sämtliche öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privathäuser haben Trauerfahnen gehißt. Alle Theater und Kinos haben ihre Vorstellungen am Todestag abgesagt.

Nach den aus München eingetroffenen Mitteilungen hatte Ministerpräsident Gömbös seit Montag abend das Bewußtsein nicht wiedererlangt. Das Ende ist still und schmerzlos eingetreten. Am Totenbett weilten am Dienstag früh Kultusminister Homan und der Präsident des Reichstages. Die Gattin und die Kinder des Ministerpräsidenten hatten sich bereits am Montag abend am Krankenlager eingefunden.

In den Vormittagsstunden sind von den verschiedensten Seiten Beileidstelegramme eingetroffen.

Der Sarg mit der sterblichen Hülle des Ministerpräsidenten Gömbös trifft, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, am Donnerstag, den 8. Oktober, früh in Budapest ein. Er wird unmittelbar vom Bahnhof in die große Kuppelhalle des Parlaments übergeführt werden. Die Leiche des Ministerpräsidenten wird einbalsamiert.

Reichsverweser Admiral von Horthy empfing am Dienstag vormittag ferner noch den Präsidenten der Regierungspartei, Ybrady, den Führer der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei, Tibor Eckardt, und den Führer der Liberalen Partei, Rassay.

Römische Blätterstimmen zur Abwertung.

Rom, 6. Oktober. Popolo di Roma schreibt zu den Beschlüssen des italienischen Ministerrats, wenn die „Einreihung" der Lira nicht jetzt vorgenommen worden wäre, dann hätte sie in acht oder zehn Monaten oder in einem Jahre unvermeidlich kommen müssen. Die Lira zu retten, so sagt das Blatt, hätte bedeutet, wohl technisch ermöglichen lassen, aber nur mit den allerernstesten Folgen für das nationale Wirtschaftssystem. Das Blatt betont, daß die italienischen Handels- und Wirtschaftskreise in erster Linie der faschistischen Regierung dankbar sein müßten.

Tevere sieht wie bereits „Lavoro Fascista" vor allem in den Maßnahmen zum Schutze des Verbrauchers und in den neuen Anleihe- und Steuerverordnungen einen weiteren Vormarsch des faschistischen Regimes auf dem Wege zu der von Mussolini geforderten „höheren sozialen Gerechtigkeit".

Im halbamtlichen **Giornale d'Italia** beschäftigt sich Gayda mit den am Montag gefaßten Beschlüssen des italienischen Ministerrates, durch die „ein neuer Zyklus der Wiederherstellung der italienischen Wirtschaft" eröffnet werde. Die Abwertung der Lira bilde nur den Ausgangspunkt. Richtunggebend aber sei die erstrebte Revision des italienischen Wirtschaftslebens, wie es sich in den letzten Jahren und besonders unter dem Einfluß des abessinischen Feldzuges herausgebildet habe.

Nachdrücklich lehnt Gayda dann die Deutung einiger Londoner und Pariser Blätter ab, daß dem Anschluß der Lira an die Währungspolitik der Abwertungsländer auch eine Einreihung der italienischen Außenpolitik folgen werde. Der Verfasser wendet sich auch dagegen, daß sich Italien auf die Seite der sanktionistischen Großmächte schlagen werde, und nennt diese Auffassung einen neuen und groben Irrtum.

Den Währungsmaßnahmen lägen ausschließlich Erwägungen der wirtschaftlichen Nützlichkeit zugrunde. Diese Maßnahmen hätten nichts mit der politischen Einstellung zu tun. Sie seien freiwillig, ohne Verbandlungen und Abkommen mit anderen Ländern, getroffen worden.

Heute wie gestern habe das Schicksal der Lira gar nichts zu tun mit den Leitsätzen der italienischen Außenpolitik, die in ihren Voraussetzungen, Maßstäben und Zielen gut bekannt sei.

In der **Tribuna** weist Minunni darauf hin, daß die Lira in ihrer Kaufkraft außerhalb Italiens bereits 30 v. H. von ihrer offiziellen Notierung eingebüßt hatte. Die Lira habe im Ausland also die jetzige Abwertung bereits vorgenommen. Die Beschlüsse des Ministerrats beseitigten daher nur diese zweifache Währung.

Britische Stimmen zur Lira-Abwertung.

London, 6. Oktober. Die Londoner Blätter befaßt sich in ihrem Kommentar mit der Abwertung der Lira. Die „Times" schreibt, daß die Abwertung wohl kaum vermeidbar gewesen sein werde, im Interesse der Landesverteidigung Maßnahmen zur Erreichung der Selbstversorgung zu ergreifen.

Uebergehend zu den Auswirkungen der neuen Währungspolitik auf Frankreich meint das Blatt, dank der Zusammenarbeit mit der britischen und der amerikanischen Regierung habe die Abwertung ohne Erschütterung durchgeführt werden können. Für endgültiger Erfolg werde aber davon abhängen, wie weit die verschiedenen Parteien in Frankreich zusammenarbeiten. Französisches Geld werde sicher nicht eher aus dem Sparkopf kommen oder aus dem Auslande zurückkehren, ehe die Besitzer nicht wüßten, daß sie es sicher in der französischen Industrie anlegen könnten.

Großbritanniens Haltung werde durch den Beschluß der britischen Regierung bestimmt, den Weg weitergegangen, der durch das Dreimächte-Währungsabkommen eröffnet sei. Erforderlich sei nun der Wille, den Weg der Zusammenarbeit weitergegangen, um die Kanäle des Welthandels wieder zu öffnen und den allgemeinen Wohlstand wieder zu heben. Die Welt blicke auf die britische Regierung, die die Initiative zu ergreifen habe.

Die **Financial Times** äußert vielfache Bedenken gegenüber einem allzu großen Optimismus der italienischen Abwertung gegenüber. Aber sie hält es für bedeutsam, daß Mussolini sein Land offenbar wieder in den internationalen Handel einglidern wolle.

Die **Financial News** verfeilt ihre Stellungnahme mit der Ueberschrift „Der Stabilisierung entgegen". Der italienischen Abwertung legt das Blatt keine große Bedeutung bei, weil Italien durch den abessinischen Krieg und die Sanktionen einen wirtschaftlichen Abkapselungsprozeß vom übrigen Europa durchgemacht habe. Es sei wenig wahrscheinlich, daß der Duce in einem Augenblick, wo die politische Atmosphäre in Europa außerordentlich gespannt sei, seine Wirtschaftspolitik ändern werde.

Daily Herald meint, Mussolinis Abwertung habe den Weg freigemacht, die künstlichen Handelshemmnisse abzubauen.

Auch der **Daily Telegraph** befaßt sich mit dem Problem der Abwertung des Quotensystems. Es heißt darin, soweit England in Frage komme, sei die italienische Abwertung nicht von übertragender Bedeutung. Dann wird auch die Erklärung des britischen Vertreters in Genf, Morrison, unterstrichen, daß Abwertung allein nicht genügend sei. Wenn sie nicht von der Beseitigung der Währungskontrolle und des Einfuhrquotensystems begleitet sei, werde sie ihren Zweck verfehlen.

Im übrigen macht sich in englischen industriellen und wirtschaftlichen Kreisen der Wunsch nach Zollerhöhungen im Zusammenhang mit der Abwertung anderer Länder immer stärker bemerkbar. Führende Gruppen seien sich bereits an die Regierung mit dem entsprechenden Wunsch gewandt. **News Chronicle** bringt denn auch zum Ausdruck, daß Zollerhöhungen die Wirtschaftslage wieder ausgleichen könnten.

Rumänien bleibt bei seiner Währungspolitik.

Bukarest, 6. Oktober. Der Ministerrat trat am Dienstag zusammen, um über verschiedene wirtschaftliche Fragen, hauptsächlich über die Stellungnahme zum Währungsproblem zu beraten. Der Finanzminister schloß seine Darlegungen mit der Feststellung, daß Rumänien angesichts der Tatsache, daß seine Währungs- und Finanzpolitik bereits den wirtschaftlichen und finanziellen Interessen des Landes angepaßt sei, die bisherige Währungs- und Finanzpolitik mit Entschlossenheit weiterführen wolle.

Der Ministerrat ermächtigte dann den Verkehrsminister, mit Jugoslawien einen Vertrag über den Bau der rumänisch-jugoslawischen Donaubrücke bei Turnseverin abzuschließen. Schließlich berichtete der Ministerpräsident über die Verträge, die er mit der einheimischen Industrie zwecks Herstellung von Munition abgeschlossen hat.

Keine Abwertung in Litauen.

Kowno, 6. Oktober. Der litauische Ministerpräsident und Finanzminister Tubelis erklärte am Dienstag im litauischen Parlament auf eine Anfrage, daß die jetzige Regierung in keiner Weise an eine Abwertung der litauischen Währung denke. Tubelis wandte sich energisch gegen die Kreise, die jede Gelegenheit wahrnehmen, um in Litauen Stimmung für eine Abwertung der Währung zu machen.

Delbos wieder in Paris.

Paris, 6. Oktober. Außenminister Delbos ist am Dienstag vormittag, von Genf kommend, in Paris eingetroffen.

Der jugoslawische Kriegsminister in Paris.

Paris, 6. Oktober. Der jugoslawische Kriegs- und Kriegsmarineminister Maritsch ist am Dienstag in Paris eingetroffen. Er wird seine Regierung bei der Einweihung des Denkmals für König Peter I. von Serbien und Alexander I. von Jugoslawien vertreten.

Das Judenproblem in Polen.

Warschau, 6. Oktober. Die Rede des polnischen Vertreters Rose vor dem zweiten Ausschuß des Völkerbundes wird als „Forderung Polens nach Kolonien und nach Lösung der Uebervölkerungsfrage" hervorgehoben. Ein Teil der Warschauer Blätter interessiert sich besonders für die Ausführungen über die Judenfrage und hebt hervor, der Völkerbund müsse die Abwanderung der Juden aus Polen finanziell erleichtern.

Der nationaldemokratische Dziennik Narodowy schreibt, die Anhänger eines Ausgleichs mit den Juden versuchten oft, die polnische Oeffentlichkeit mit der Behauptung zu beruhigen, daß die Juden nach Erlangung von Auswandererzugeständnissen Polen verlassen würden. Indessen hätten die Juden nicht die Absicht, Polen freiwillig zu verlassen. Die Erlangung von Kolonien bedeute daher noch nicht, daß man die Juden loswerde. Ihre Entfernung sei nicht von Kolonisierungsgebieten abhängig, sondern von der Haltung der polnischen Bevölkerung und der Politik des Staates. Man müsse die Juden zu massenweiser Abwanderung zwingen und müsse sie, solange diese Abwanderung nicht erreicht sei, streng von der polnischen Bevölkerung isolieren.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.